

## Ein Konjunkturpaket für Deutschland

*Das Programm wird nicht wirken und hilft niemandem – außer vielleicht den Politikern, die Tatkraft demonstrieren wollen. Das sagt der Freiburger Ökonom Lüder Gerken. Eine kluge Politik macht keine neue Schulden für ein Notpaket.*

Hat – nach den Börsen – die Panik nun auch die Politik erfasst? Die Bundesregierung beschließt heute ein Konjunkturpaket. Die EU-Kommission fordert ebendies und will der Automobilindustrie selbst eine Milliardenhilfe geben. In den Medien gibt es nur noch düstere Szenarien. Unternehmen befürchten Auftragseinbrüche. Die Bürger sind verunsichert. Wirtschaft fußt zu 50 Prozent auf Psychologie – oder, wie der Ökonom sagt, auf Erwartungen. Die beschriebenen Befürchtungen führen dazu, dass jeder sein Geld zusammenhält und größere Anschaffungen meidet: die Unternehmen die Investitionen, die Bürger etwa den Kauf eines Autos. Diese Zurückhaltung verschärft den Abschwung – oder löst ihn erst aus. Ein Abschwung zeichnet sich durch einen Rückgang der Nachfrage aus. Man könnte daher denken: Wenn der Staat mit einem Konjunkturprogramm diesen Nachfragerückgang auffangen kann, soll er es auch tun. Die Frage ist nur, ob das funktioniert. Die Erfahrung zeigt, dass es nicht funktioniert.

Warum nicht? Die Idee wirkt bestechend: Der Staat erhöht die Staatsausgaben oder senkt die Steuern. Beides wird finanziert mit neuen Staatsschulden. Im ersten Fall kauft der Staat selbst, im zweiten Fall hofft er darauf, dass die Bürger mit dem zusätzlichen Geld Waren kaufen. Die Bundesregierung will ein bisschen von beidem. So will sie die Kraftfahrzeugsteuer für ein Jahr all jenen erlassen, die ein neues Auto kaufen. Da aber reichlich ein Drittel der in Deutschland verkauften Autos aus dem Ausland kommen, würden ausländische Hersteller kräftig profitieren. Noch wichtiger ist, dass der Plan vor allem einen Mitnahmeeffekt bewirkt: Wer ohnehin ein Auto kaufen will, nimmt den Steuererlass gerne mit. Er kauft deshalb aber nicht zwei Autos. Und wer den geplanten Autokauf verschoben hat, wird sich kaum umstimmen lassen. Oder könnte Sie ein Steuervorteil von 150 Euro verleiten, ein Auto für 25 000 Euro zu kaufen, wenn Sie Angst vor Arbeitslosigkeit haben? Selbst bei drastischeren Steuererleichterungen würden die meisten Menschen das zusätzliche Geld lieber sparen als ausgeben, weil sie für die ungewisse Zukunft vorsorgen wollen.

Ist wenigstens ein staatliches Ausgabenprogramm sinnvoll? Zunächst: Was kann der Staat auf einen Schlag etwa mit Tausenden Autos anfangen, die er zur Stützung der Nachfrage kauft? Auch dies kann nicht die Lösung sein. Sinnvoll wäre es allenfalls, wenn der Staat die ohnehin nötigen Investitionen tätigt, zusätzliches Geld etwa in die Renovierung der Schulen und in den Ausbau von Verkehrswegen ste-

cken würde. Aber der Vorlauf für solche Projekte dauert lange. Wenn die Politik so weit ist, werden wir den Abschwung bereits hinter uns haben. Im Übrigen wissen wir, dass der Staat nicht einmal in den vergangenen – guten – Jahren, als die Steuereinnahmen sprudelten, für zusätzliche Ausgaben genug Geld hatte. Auffällige öffentliche Gebäude und die Staus auf den Straßen sprechen für sich. Jetzt plötzlich soll es anders sein?

Der Zwang zu der staatlichen Sparsamkeit in den vergangenen Jahren rührte vor allem von einer Einsicht her: Über Jahrzehnte hatte sich der Staat von Jahr zu Jahr stärker verschuldet und die unfassbare Summe von 1500 Milliarden Euro den nachfolgenden Generationen aufgebürdet. Man erkannte, dass das nicht so weitergehen darf, und versucht deshalb seitdem, die Staatshaushalte zu sanieren.

Und jetzt ein milliardenschweres Ausgabenprogramm auf Pump? Dessen Wirksamkeit hängt davon ab, ob die Erwartungen an die zukünftige Wirtschaftslage verbessert werden. Die Erwartungen werden jedoch nicht durch hektische Maßnahmen verbessert, sondern durch eine zukunftsorientierte Politik. Eine höhere Verschuldung zählt nicht dazu. Denn die Menschen wissen, dass sie die Zeche am Ende über höhere Steuern zahlen müssen. Das verschreckt vor allem auch Investoren. Die aber sollen die Arbeitsplätze von morgen schaffen. Ein Konjunkturprogramm ist daher nur ein Strohhalm. Schlimmer noch: Das Vertrauen in die Ernsthaftigkeit der beschlossenen Haushaltssanierung insgesamt ist gefährdet, wenn das versprochene Ziel verfehlt wird, 2011 keine Schulden mehr zu machen. Vielleicht wäre es anders, wenn der Staat die Schulden, die er sich in früheren Jahrzehnten durch Konjunkturprogramme aufgebürdet hat, in guten Zeiten wieder abgebaut hätte. Das geschah aber nicht.

Wenn eine Rezession auftritt, müssen wir sie durchstehen. Das Konjunkturprogramm wird kaum etwas bewirken. Mit einer Ausnahme: Die Politiker, die es beschließen, werden sich damit brüsten, alles gegen die Rezession getan zu haben, und sie werden darauf hoffen, dass der Wähler dies honoriert. Ist dies gar das eigentliche Ziel des Programms? Statt Panik in der Politik ein ganz nüchternes, eigennütziges Kalkül im Vorfeld des Wahljahres 2009?

– Lüder Gerken (50) ist Vorsitzender der Stiftung Ordnungspolitik und des Centrums für Europäische Politik in Freiburg.



Lüder Gerken